



Gemeinsame Pressemitteilung der Beratenden Menschenrechtskommission (CCDH) und des Zentrums für Gleichbehandlung (CET) zum neuen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2019-2024

Am 11. Februar legte die Regierung den zweiten Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2019-2024 (NAP) vor. Die Beratende Menschenrechtskommission (CCDH) und das Zentrum für Gleichbehandlung (CET), die als nationale Mechanismen zur Förderung und Weiterverfolgung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen benannt wurden, begrüßen die Verabschiedung dieses Aktionsplans. Dies insbesondere, weil bereits mehr als ein Jahr darauf gewartet wurde; der erste NAP lief 2017 aus. Es wird daran erinnert, dass zur Ausarbeitung des NAP, das Familienministerium Organisationen von und für Menschen mit Behinderungen eingeladen hatte, an Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen teilzunehmen. Ein abschließendes Treffen, an dem alle Arbeitsgruppen teilnahmen, fand im März 2019 statt.

Die CCDH und das CET bedauern, dass es den betroffenen Personen und ihren Organisationen nicht ermöglicht wurde, den gesamten Entwurf des NAP vor dessen Annahme durch den Regierungsrat im Dezember 2019 zu konsultieren oder zu kommentieren. Außerdem wäre es wünschenswert gewesen, diese Organisationen zu informieren, bevor der NAP am 15. Januar 2020 dem zuständigen parlamentarischen Ausschuss und der Presse präsentiert wurde.

Es ist daher schwierig zu überprüfen, ob die Vorschläge der Arbeitsgruppen im NAP aufgegriffen wurden. Der partizipative Ansatz wurde daher nur zu Beginn der Arbeiten angewendet, nicht jedoch für die endgültige Ausarbeitung des NAP. Dabei sollte dieser Ansatz im Mittelpunkt eines jeden Vorschlags in diesem Bereich stehen. Die CCDH und das CET erinnern hier an das Motto der Bewegung von Menschen mit Behinderungen "Tu nichts für uns ohne uns" und fordern die Regierung auf, eine tatsächliche Einbeziehung der Betroffenen in alle künftigen Schritte zu garantieren. Dies sowohl für die Umsetzung des aktuellen, als auch für die Ausarbeitung eines nächsten NAP. Auch eine transparente Kommunikation sollte hierbei sichergestellt werden.

Auf den ersten Blick handelt es sich um ein detailliertes Dokument mit genauen und konkreten Maßnahmen. Es ist zu begrüßen, dass der NAP Bewertungen durch externe Sachverständige vorsieht. Es wäre sinnvoll gewesen, die Fristen für die jeweiligen Maßnahmen auch gleichzeitig anzugeben. Die Fristen befinden sich derzeit in einer separaten Excel-Datei, auf die über einen Link am Ende jedes Kapitels zugegriffen werden kann. Dies erschwert das Lesen des Dokuments, insbesondere da gerade dieses barrierefrei sein sollte. Hinzu kommt, dass zum Zeitpunkt der öffentlichen Vorstellung des NAP am 11. Februar die deutsche sowie die einfache Sprache-Version noch nicht verfügbar waren.

Im Allgemeinen nehmen die CCDH und das CET mit Befriedigung zur Kenntnis, dass seit der Verabschiedung des ersten NAP im Jahr 2012 Fortschritte erzielt wurden, darunter insbesondere die Anerkennung der deutschen Gebärdensprache, die Bereitstellung bestimmter Seiten der Website guichet.lu in Einfacher Sprache, die Verstärkung des KLARO-Kompetenzbüros, das Gesetz über die Zugänglichkeit von Websites des öffentlichen Sektors usw.

In vielen anderen Bereichen ist es jedoch noch ein weiter Weg. Daher bestehen das CET und die CCDH darauf, dass die Reform des Vormundschafts- / Pflegschaftsregimes und des nationalen Gesetzes zum Schutz von Erwachsenen, die bereits im ersten NAP und im Koalitionsvertrag angekündigt wurden, so bald wie möglich, eingeleitet und umgesetzt werden. Die im neuen NAP angekündigten diesbezüglichen Maßnahmen sind vielversprechend. Andere umfangreiche Dossiers betreffen den Zugang zum normalen Arbeitsmarkt und den Erhalt von Arbeitsplätzen oder auch die persönliche Assistenz. Das CET und die CCDH betonen, dass jede diesbezügliche Maßnahme den Grundsatz der Autonomie respektieren und die besonderen Bedürfnisse der betroffenen Personen gebührend berücksichtigen muss.

Der neue NAP ist ehrgeizig, stellt die Regierung als Ganzes vor erhebliche Herausforderungen und kann ohne eine enge Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen betroffenen Ministerien nicht erfolgreich sein.

Die CCDH und das CET werden die Umsetzung des Aktionsplans aufmerksam verfolgen, die Regierung an ihre diesbezüglichen Verpflichtungen erinnern und den Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen über die Situation in Luxemburg informieren. Darüber hinaus werden die CCDH und das CET die im NAP angekündigten Umsetzungen weiterverfolgen und, insbesondere in Anbetracht der Empfehlungen des Ausschusses der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2017, immer wieder darauf zurückkommen.

Luxemburg, den 12. Februar 2020